



Südwind Positionspapier Nr. 4

TTIP und der Globale Süden
Das Handels- und Investitionsabkommen
aus entwicklungspolitischer Sicht

Verein Südwind Entwicklungspolitik

Wien, April 2015

Einleitung

Südwind ist - gemeinsam mit attac, Global 2000, ÖBV/Via Campesina und der Gewerkschaft PRO-GE - Initiatorin des Bündnisses TTIP STOPPEN, das von 39 Organisationen in Österreich unterstützt wird. Als entwicklungspolitische Organisation macht Südwind insbesondere auf die Auswirkungen des Handels- und Investitionsabkommens TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer aufmerksam. www.ttip-stoppen.at

Ausgangslage

Seit Sommer 2013 wird die **Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft – TTIP zwischen der EU und den USA** verhandelt. Laut den politisch Verantwortlichen sollen damit Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden. TTIP zielt auf De-Regulierung ab, d.h. es wird versucht, Normen, Standards und gesetzliche Auflagen abzubauen bzw. zu harmonisieren, zB in der Landwirtschaft oder im Dienstleistungssektor. Liberalisierung und der Schutz von Investitionen und InvestorInnen werden eine zentrale Rolle spielen. Doch insgesamt wird es geringe wirtschaftliche Vorteile auf Kosten von Demokratie und Allgemeinwohl geben. Die Studie des Londoner Centre for Economic Policy Research (2013) behauptet, dass sich im besten anzunehmenden Fall einer „ehrgeizigen Liberalisierung“ die jährlichen Einkommenszuwächse für die EU auf ca. 120 Milliarden Euro belaufen werden. Das sind nur 0,5% des BIP der EU (2012). Zudem werden sich diese Vorteile erst nach einer Übergangszeit von zehn Jahren einstellen. TTIP ist aus unserer Sicht kein kurzfristiger Wachstumsturbo (kann die Wirtschaft unendlich wachsen?) wie die Verfechter des Abkommens behaupten. Viele der Studien vernachlässigen auch die Anpassungskosten, insbesondere für die Arbeitsmärkte.

Viele Organisationen der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Atlantiks kritisieren die undemokratischen und intransparenten Verhandlungen und das geplante Klagerecht für Konzerne – diese sollen Staaten verklagen können. Beispielsweise wenn neue Sozial- und Umweltschutzgesetze eingeführt werden, die ihre Profite einschränken könnten. Das österreichische Bündnis TTIP STOPPEN kritisiert den massiven Angriff auf soziale Sicherheit, Arbeitsrechte, Menschenrechte und nachhaltige Landwirtschaft. Die „Anpassung“ der Gesetze kann Genfood bedeuten, den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, die Aufweichung von Umweltschutzstandards, den Abbau von sozialen Sicherungssystemen und die Deregulierung von Finanzmärkten.

Bisher gab es in der **Geschichte erfolgreichen Widerstand** gegen globale Freihandels- und Investitionsmodelle wie das MAI (Multilateral Agreement on Investment) der OECD, das Ende der 1990iger Jahre scheiterte. Oder die GATS-Verhandlungen zur Dienstleistungsliberalisierung in der WTO, die blockiert wurden. Auch jetzt gibt es viel Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft, die die aktuellen Verhandlungen zu **TTIP** (Transatlantic Trade and Investment Partnership zwischen USA und EU), **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement zwischen Kanada und EU) und **TiSA** (Trade in Services Agreement zwischen USA, EU und 21 weiteren Staaten) stoppen wollen.

Unsere Position

Aus entwicklungspolitischer Perspektive ist das Thema TTIP aus folgenden Gründen relevant. Doch unabhängig davon, welche ökonomische Studien in welchem Detail Recht haben, ist jetzt schon klar, dass es um politische Fragen geht: dass die WTO zum Nachteil von Entwicklungsländern ausgehöhlt wird und dass diese Handelsverträge die Rechte von Staaten einschränken!

Nach wie vor ist TTIP durch mangelnde Transparenz gekennzeichnet. Auch die „Transparenz-Offensive“ der Europäischen Kommission zu Jahresanfang 2015 entpuppte sich bei genauerer Analyse als Mogelpackung. Die Handels- und Investitionsverhandlungen geschehen unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Daher ist es immer noch schwierig, Voraussagen zu treffen, wie die Länder im globalen Süden im Detail von TTIP betroffen sein werden. Es gibt Studien und Expertisen mit konträren Ergebnissen: Das Freihandelsabkommen TTIP wäre eine Goldgrube und große Chance für Entwicklungsländer sagen die Einen, TTIP verstärke die globale Hungerkrise und sei ein großes Risiko und eine Bedrohung für den globalen Süden, meinen Andere. Es ist aber sehr wahrscheinlich, dass TTIP negative Effekte auf den Handel der EU mit Drittstaaten, zB Einbußen in den Ländern des sub-saharischen Afrikas oder in Lateinamerika, haben wird: Ein Rückgang von Handel und Einkommen in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf Grund einer Handelsumlenkung im Welthandel zugunsten der USA und der EU.

TTIP ist nicht kohärent mit dem Post 2015 Prozess

TTIP ist nicht kohärent mit den Zielen des Post 2015-Prozesses und widerspricht den SDGs, den Nachhaltigkeitszielen. Die SDGs folgen den Millennium Entwicklungszielen (MDGs) und werden im Herbst 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Die EU bringt sich in den UN-Prozess um die SDGs ein und verhandelt parallel dazu TTIP und andere Freihandelsabkommen, die den Entwicklungszielen widersprechen. Eine mögliche negative Einkommensentwicklung bedeutet, dass noch mehr Menschen in armen Ländern in Hunger und Armut getrieben werden. Ein klarer Widerspruch zu den SDGs, die darauf abzielen, Armut zu bekämpfen. Somit widerspricht TTIP der Pro-Entwicklungsrhetorik der EU und der „Policy Coherence for Development“ der EU.

Von den acht ILO-Kernarbeitsnormen haben übrigens die USA erst zwei anerkannt. Es ist nicht glaubwürdig, einerseits auf Arbeitsrechte in den globalen Lieferketten zu pochen und andererseits diese nicht einmal selbst einzuhalten.

Auch die Verhandlungen zur Klimakonferenz im Herbst 2015 werden konterkariert: Lobbyisten der europäischen Agrar-, Auto- und Luftfahrtindustrie versuchen massiv ihre Interessen mit dem TTIP durchzusetzen. Sollte das TTIP zustande kommen, ist mit einer Zunahme des (Flug)Verkehrs aufgrund größerer Warenströme zwischen den Kontinenten zu rechnen. Als Folge wird die Abhängigkeit der Wirtschaft vom Erdöl stärker werden, womit auch die parallel laufenden Klimaschutzverhandlungen ad absurdum geführt werden. Der Klimawandel gefährdet besonders die Landwirtschaft im globalen Süden: durch die Zunahme von Dürren, Unwettern und Wirbelstürmen.

EU und USA setzen globale Standards und Regulierungen – Aushöhlung der WTO

TTIP ist auch als Antwort der EU und USA auf das rasant wachsende ökonomische Gewicht von China und den großen Schwellenländern (BRICs) zu sehen. Die Dominanz von USA und EU, die für 50% der globalen Wirtschaftsleistung und ein Drittel des weltweiten Handels stehen, soll gefestigt werden. Die kann zu einer verschärften Konfrontation im Welthandelssystem führen. Unabhängig davon, wie die konkreten Auswirkungen von TTIP auf den globalen Süden sein werden, eines ist schon jetzt deutlich: **TTIP will globale Standards setzen! Das Freihandelsabkommen** geht weit über den Abbau von Zöllen und von nicht tarifären Handelshemmnissen hinaus: Es geht vielmehr um die Neuverhandlung von Regeln für grenzüberschreitende Investitionen, Wettbewerbspolitik und ein breites Spektrum von Standards und Regulierungen. Ziel der „Regulatorischen Kooperation“ ist die Harmonisierung von Standards zu gewährleisten, wobei TTIP-KritikerInnen eine Harmonisierung nach unten befürchten. (Die Gremien der „Regulierungszusammenarbeit“ entscheiden dann über Standards und Regulierungen). Es geht um die Beseitigung regulatorischer Hindernisse, die potentielle Gewinne von Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks beschränken. Bei den „Hindernissen“ handelt es sich jedoch um Sozialstandards und Umweltvorschriften.

Die EU und die USA wollen neue Regeln der Weltwirtschaft formulieren und sie der Welt aufdrücken – abseits der **multilateralen Bemühungen auf der WTO-Ebene**. In den WTO-Verhandlungen gab es seit Jahren heftigen Widerstand der „Entwicklungs“länder, die ihre Ökonomien nicht weiter liberalisieren wollten. Wenn TTIP abgeschlossen ist, haben sie keine andere Wahl, als sich im Handel mit den USA und der EU an deren Richtlinien zu halten, die sie jedoch nie mitverhandelt haben! Würde der transatlantische Pakt auch zum Modell für weitere geplante Abkommen der EU und der USA mit China werden, würden diese „großen Drei“ globale Standards für Handel und Investitionen für die nächsten Jahrzehnte setzen und arme Länder könnten auch bilateral keine besseren Abkommen aushandeln. Dadurch würde die WTO, bei der alle Länder zumindest formal das gleiche Mitspracherecht haben, an Bedeutung verlieren. Auch wenn es Stimmen gibt, die die Mitwirkung von Drittstaaten fordern, ist keine vollwertige Partizipation zu erwarten. In internationalen Organisationen wie zB der UNCTAD gibt es Bestrebungen, ausgewogene Standards zu setzen. Doch oft behindern und blockieren gerade die EU und USA solche Initiativen. Indem die Diskussion über Standards nun verstärkt in bilaterale Abkommen verlagert wird, werden die **existierenden Strukturen der globalen Regulierung untergraben und das multilaterale Handelssystem unterwandert**.

Studie zu Auswirkungen auf Entwicklungsländer des ifo-Instituts

Das ifo-Institut hat im Auftrag des deutschen BMZ im Jänner 2015 in München eine Studie veröffentlicht, in der mögliche Auswirkungen von TTIP auf Entwicklungs- und Schwellenländer untersucht werden. Demzufolge hätte **TTIP direkte Effekte auf 45% der Weltwertschöpfung und 30% des Welthandels. Weiters sind Effekte auf Drittstaaten zu erwarten, wobei es aber Verlierer und Gewinner geben würde**. Drittstaaten können von TTIP wirtschaftlich profitieren, weil die durch TTIP hervorgerufenen Einkommens- und Produktionszuwächse innerhalb der EU und den USA zu einer verstärkten Nachfrage nach Exportgütern der Drittstaaten führen würden. Zusätzliche Exporte würden in den betroffenen Drittstaaten zu höheren Einkommen führen. Dass Einkommenssteigerungen in der EU und den USA zu einer verstärkten Nachfrage nach Exportgütern der Drittstaaten führen, setzt allerdings voraus, dass es in den TTIP-Ländern wirklich zu positiven Einkommenszuwächsen kommt. Das Beispiel von **20 Jahren NAFTA** zeigt aber genau das Gegenteil: Dieses Handelsabkommen zwischen Kanada, USA und Mexiko, hat für amerikanische ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen zu mehr Arbeitslosigkeit und steigender Ungleichheit geführt. Die Versprechen von mehr Jobs und höheren Gehältern wurde nicht erfüllt. Stattdessen haben große Konzerne das Abkommen genutzt, die Standards in den Bereichen Umweltschutz und öffentliche Gesundheit zu senken.

Klagerecht der Konzerne – Privatisierte Streitschlichtung

Der ganz stark kritisierte Inhalt von TTIP und anderen Freihandelsabkommen ist das Klagerecht für Konzerne. Dieses „Investor-State-Dispute Settlement“ (ISDS) ermöglicht den Konzernen, gegen eine ausländische Regierung zu klagen. Zum Beispiel wenn neue Sozial- und Umweltschutzgesetze eingeführt werden, die die Profite der Konzerne einschränken könnten. Konzerne klagten bereits Staaten weil sie zB Mindestlöhne (Viola in Ägypten) eingeführt haben, Umweltauflagen forderten (Renco in Peru) oder aus der Atomkraft aussteigen wollen (Vattenfall in Deutschland). Aus demokratiepolitischer Sicht ist es inakzeptabel, da der politische Handelsspielraum für zukünftige Gesetze zB bezüglich des Schutzes von ArbeitnehmerInnen und Umwelt erheblich eingeschränkt wird. Es steht den Investoren offen, die nationalen Gerichte zu umgehen und ihre Forderungen direkt bei den internationalen privaten Schiedsgerichten vorzutragen. Von den Verhandlungen ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Im Falle eines Schuldspruchs können Staaten Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe drohen. Im Moment haben Staaten vor diesen Tribunalen keine Möglichkeit, gegen die Entscheidungen Rechtsmittel einzulegen.

Ein privates Schiedsgericht bedeutet den Verlust von staatlicher Souveränität. Private Anwälte – die ein eigennütziges Interesse haben, im Sinne der Unternehmer zu entscheiden – sollten

nicht das Recht bekommen, zu entscheiden was ein legitimes öffentliches Interesse ist und ob ein demokratisch zustande gekommenes Gesetz dieses angemessen schützt. Lobbyisten dürfen keinen größeren Einfluss auf die Gesetzgebung haben als die WählerInnen. Die Praxis der bisherigen 3.000 bilateralen Investitionsschutzabkommen (BITs) zeigt die Unzulänglichkeiten der Klagerechte auf (zB Intransparenz). Es entbehrt jeder sachlichen Argumentation für die Einführung eines privaten Schiedsgerichts, da es demokratische Rechtssysteme in der EU und den USA gibt (ursprünglich waren sie für internationale Investitionsabkommen gedacht, um eine faire Behandlung von Investoren in jenen Ländern zu sichern, deren Rechtssysteme als mangelhaft angesehen wurden). Dies bedeutet eine Aushebelung des Rechtssystems und öffnet der Umgehung demokratisch beschlossener Politik viele Möglichkeiten. In der privatisierten Streitschlichtung kamen die Klagen zu 75% von Firmen aus den USA und der EU. Von den 98 Ländern die bisher von Unternehmen verklagt wurden, sind mehr als drei Viertel Entwicklungs- und Schwellenländer.

Im Gegenzug haben Staaten nicht dasselbe Recht, Unternehmen zu verklagen, wenn diese durch ihre Tätigkeiten die Umwelt, ArbeitnehmerInnen oder Konsumenten schädigen.

Bedrohung der KleinbäuerInnen im globalen Süden

Eine weitere Gefahr ist die **Bedrohung der Existenz der lokalen KleinbäuerInnen in Entwicklungsländern**. Die beiden großen Handelsmächte können Druck auf Staaten außerhalb des Abkommens ausüben, ihren Schutz und Förderung der eigenen Märkte aufzugeben. Sie wollen großen Nahrungsmittelkonzernen ermöglichen, in bisher geschützte kleine lokale Märkte einzudringen: EU und USA rollen als Dampfwalzen über die lokalen Anstrengungen für Ernährungssouveränität.

Kleinbäuerliche ProduzentInnen aus dem globalen Süden werden immer mehr in die Wertschöpfungsketten der internationalen Nahrungsindustrie integriert, doch könnte die Möglichkeit ganzjährig Obst und Gemüse in die EU zu liefern durch TTIP verloren gehen. Wenn Zölle für US-Produkte wegfallen, würden amerikanische Waren die Produkte des globalen Südens verdrängen. Und es sanken durch die gegenseitige Anerkennung von Standards zwischen EU und USA die Zertifizierungskosten für amerikanische Agrarproduzenten. In der Folge könnten diese verstärkt den lukrativen EU-Markt beliefern.

Unsere Forderungen

Wir fordern den Stopp der TTIP-Verhandlungen!

Eine alternative (EU-)Handelspolitik ist dringend notwendig. Eine grundlegende Transformation braucht ein politisches System, das die Demokratie stärkt und Handlungsspielräume ausweitet und das transnationale Kapital wieder gesellschaftlichen Zielsetzungen unterwirft. Wir fordern daher:

- Keine Sonderklagerechte für Konzerne. Keine Privatisierung der Demokratie.
- Handels- und Investitionspolitik müssen dem Gemeinwohl dienen.
- Stärkung des Fairen Handels.
- Ernährungssouveränität statt Liberalisierung des Agrarhandels.
- Einführung von Mechanismen, die Investoren zur Verantwortung ziehen und Sanktionsmöglichkeiten gegen Investoren und Konzerne, die Menschenrechte verletzen, Arbeitskräfte ausbeuten und die Umwelt schädigen. Schaffung von gesetzlich verankerten Sorgfaltspflichten für transnationale Unternehmen. Menschenrechte müssen vorrangig gegenüber wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen sein. Staatliche Kontrolle und Regulierung von Unternehmensaktivitäten ist wesentlich für die Durchsetzung von Politiken, die Menschenrechte im In- und Ausland schützen. Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte.

- Umsetzung der ILO-Empfehlung, die 8 Kernarbeitsnormen in die Freihandelsabkommen aufzunehmen, um diese sanktionieren zu können.
- Als positive Auswirkung für den globalen Süden wird der steigende Rohstoffbedarf von EU und USA genannt, doch ist dies aus entwicklungspolitischer Sicht problematisch, weil diese Projekte im Süden häufig mit massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen einhergehen. Wir fordern daher eine menschenrechtliche Folgeabschätzung, die sich auch auf Drittstaaten erstreckt. Darüber hinaus wird die Rolle des globalen Südens als Rohstofflieferanten zementiert.
- Kein Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten. Sicherung des Rechts, Gewerkschaften zu gründen.
- Das öffentliche Beschaffungswesen soll als Werkzeug zur Schaffung gesunder regionaler Wirtschaftsstrukturen dienen und soziale Gerechtigkeit fördern.
- Regulierung des Finanzsektors statt mehr Deregulierung.
- Entwicklungsverträglichkeitsprüfung von TTIP und anderen Handelsabkommen! Ausrichtung der Abkommen an den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der UN. Überprüfung der Abkommen auf das Recht auf Nahrung und auf Menschenrechte im Allgemeinen.

Verwendete Literatur

TNI, Focus on the Global South, Rosa Luxemburg Stiftung et al: TTIP. Why the rest of the world should beware. März 2015

Forum Umwelt und Entwicklung, Brot für die Welt, Greenpeace: Wunschenken statt zeitgemäßer Wissenschaft. Ein kritischer Kommentar zur ifo-Studie über die Auswirkungen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft auf Entwicklungs- und Schwellenländer. Februar 2015

John Hilary: Das Transatlantische Handels- und Investitionsabkommen. Freibrief zur Deregulierung. Angriff auf Arbeitsplätze. Ende der Demokratie. Mai 2014

Werner Raza: TTIP: Geringe wirtschaftliche Vorteile auf Kosten von Demokratie und Allgemeinwohl. Kurswechsel 2/2014

Südwind, Fian, ÖBV, attac, Global 2000, Globale Verantwortung, Wide: Brief an BK Faymann und an die Abgeordneten zum Europäischen Parlament, März 2014

Marina Zapf: Schadet TTIP den Entwicklungsländern? Welt-Sichten, 20.6.2014

Melinda St. Louis (US-NGO Public Citizen): Input bei der Pressekonferenz des Bündnisses TTIP Stoppen im März 2014 in Wien

http://www.euractiv.de/sections/entwicklungspolitik/eu-kommission-ttip-ist-fuer-entwicklungslaender-eine-goldbrube-311467?utm_source=EurActiv.de+Newsletter&utm_campaign=c2ffc3189d-newsletter_t%C3%A4gliche_news_aus_europa&utm_medium=email&utm_term=0_d18370266e-c2ffc3189d-56958301

http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/DocBase_Service/studien/studie-kurz-2015-ttip-felbermayr.pdf

<http://www.euractiv.de/sections/entwicklungspolitik/brot-fuer-die-welt-ttip-verschaerft-globale-hunger-krise-303666>

<http://www.oxfam.de/sites/www.oxfam.de/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-en-oxfam.pdf>

https://www.foodwatch.org/uploads/media/2015-02-06_Hintergrund_TTIP-Folgen-fuer-Entwicklungslaender.pdf

Impressum

Südwind setzt sich als entwicklungspolitische NGO seit über 35 Jahren für eine nachhaltige globale Entwicklung, Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen weltweit ein. Durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit, die Herausgabe des Südwind-Magazins thematisiert Südwind in Österreich globale Zusammenhänge und ihre Auswirkungen. Mit öffentlichkeits-wirksamen Aktionen, Kampagnen und Informationsarbeit, engagiert sich Südwind für eine gerechtere Welt.

SÜDWIND: 1080 Wien, Laudongasse 40; Tel: 43-1-405 55 15

Homepage: www.suedwind.at; Facebook: www.facebook.com/suedwindentwicklungspolitik